

**Antwort**  
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe  
der PDS/Linke Liste**  
— Drucksache 12/3084 —

**Die „Komitees für Gerechtigkeit“, der Parlamentarische Staatssekretär Eduard  
Lintner und der „Auftrieb für Rechtsradikale“**

Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete, daß der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Eduard Lintner (CSU, Sudetendeutsche Landsmannschaft, Ackermannsgemeinde), im Zusammenhang mit der Gründung der „Komitees für Gerechtigkeit“ vor einem „neuen Auftrieb für Rechtsradikale warnte“ (FR, 11. Juli 1992).

Nun dürfte besonders dem Parlamentarischen Staatssekretär Eduard Lintner bekannt sein, daß sich das „Komitee für Gerechtigkeit“ in seinen Veröffentlichungen explizit gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus gewandt hat. Eine personelle oder politisch-inhaltliche Unterstützung hat der bundesdeutsche Rechtsradikalismus durch die „Komitees“ also keineswegs erfahren. Sollte in der Frontstellung der „Komitees“ zum Rechtsradikalismus die Ursache für den „neuen Auftrieb“ gesehen werden, dann würde dies ein beredtes Zeugnis über die Praxis der Bundesregierung und die Sichtweise des Parlamentarischen Staatssekretärs ablegen.

Tatsächlich gibt es gegenwärtig starke Impulse, die den Boden für den bundesdeutschen Rechtsradikalismus beträchtlich nähren, ohne daß jedoch die warnende Stimme des Parlamentarischen Staatssekretärs Eduard Lintner dazu zu hören ist.

Besonders seit den jüngsten Erfolgen der „Republikaner“ (REPs) und der „Deutschen Volksunion“ (DVU) bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein gibt es eine zunehmende Bereitschaft in der CDU/CSU, den bundesdeutschen Rechtsextremismus aus seiner – ohnehin kaum noch vorhandenen – politischen Isolation zu befreien.

Die politischen Mittel dafür sind u. a. die vollständige Übernahme der Ideologie des Rechtsradikalismus bzw. Rechtsextremismus, die verstärkte politische Zusammenarbeit und die Anvisierung des politischen Bündnisses mit diesem.

Bereits unmittelbar nach der Landtagswahl konnte der stellvertretende Vorsitzende der REPs, Rolf Schlierer, mit Recht äußern, daß er sich eine politische Isolierung der REPs durch die CDU nicht vorstellen könne. Rolf Schlierer konnte darauf verweisen, daß er immer noch über gute Kontakte zur CDU verfüge, die offenbar noch aus der Zeit seiner Tätig-

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 10. August 1992 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

keit für die rechtslastige Denkfabrik „Stiftung Weikersheim“ und seiner Mitgliedschaft in der Deutschen Burschenschaft resultieren (TAZ, 7. April 1992).

Es dürfte kein Zufall sein, daß sich ausgerechnet in Baden-Württemberg ein in der Presse als „Wertkonservativer Gesprächskreis“ bezeichneter Diskussionszirkel herausgebildet hat, der als einflußreich bezeichnet werden muß. Ihm gehören sowohl der Bundestagsabgeordnete Claus Jäger (CDU/CSU) und der baden-württembergische Finanzminister Mayer-Vorfelder an, sowohl „gut 80 Christdemokraten aus Stuttgart und anderen Kreisverbänden“ (DIE WELT, 11. Juli 1992). Laut „DIE WELT“ sollen mit diesem „Gesprächskreis“ außer „20 Bundestagsabgeordneten auch sieben Landtagsmitglieder“ (ebenda) sympathisieren. Ziel des „Gesprächskreises“ ist es, „Wählern, die zu den Republikanern abgewandert sind, in der CDU wieder eine politische Heimat zu geben“ (ARD, Länderreport, 10. Juli 1992).

Offenbar reagierten die Mitglieder dieses Gesprächskreises auf ihre Art darauf, daß bei den Wahlen in Baden-Württemberg laut infas rund 140 000 Wähler und Wählerinnen von der CDU zu den REPs gewandert sind. Dies, obwohl der Bundesvorsitzende der REPs, Franz Schönhuber, zurecht darüber klagte, daß die CDU versucht hätte, ihnen die „Themen zu stehlen“ (TAZ, 7. April 1992). Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Erwin Teufel, brachte den Umstand, daß die CDU bei der Landtagswahl einen ausländerfeindlichen Wahlkampf betrieben hatte, wie folgt auf den Punkt: „Niemand soll deshalb die NPD wählen müssen“ (DER SPIEGEL, 15/1992, S. 37).

Der baden-württembergische „Wertkonservative Gesprächskreis“ ist jedoch keineswegs eine lokale Besonderheit. Derzeit entstehen „Gesprächskreise“ dieser Art in der gesamten Bundesrepublik Deutschland: Offerten an die REPs werden auch von einzelnen prominenten CDU-Politikern immer wieder geäußert.

So gibt es

- in Hessen den „Petersberger Kreis“, der sich einem „Zusammengehen mit den Republikanern nicht von vornherein“ (DIE WELT, 9. Juli 1992) verschließen will. Laut Pressemeldungen sollen sich in diesem Kreis etwa zehn hessische CDU-Landtagsabgeordnete zusammengeschlossen haben. Der „Petersberger Kreis“ hat innerhalb der CDU ein „überwältigendes Echo“ hervorgerufen (DIE WELT, 9. Juli 1992)
- in Stuttgart das „Christlich-konservative Konrad-Adenauer-Forum“.

So will

- die CDU in Sachsen-Anhalt künftig verstärkt ihr Augenmerk den Bevölkerungsgruppen widmen, „die sonst geneigt sein könnten, für die DSU oder andere Rechtsparteien zu stimmen“ (TAZ, 14. Mai 1992)
- die CDU-Kreisvorsitzende und Spitzenkandidatin der Union für die hessische Kommunalwahl, Petra Roth, es „bisher offen“ lassen, „ob sie sich 1993 mit den Stimmen der ‚Republikaner‘ zur Oberbürgermeisterin wählen lassen würde“ (FR, 15. Juli 1992)
- der Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer (CDU/CSU) eine Koalition der CDU mit den REPs offenhalten und sie „nicht von vornherein ausschließen, ausgrenzen“ (ARD, Panorama, 25. Mai 1992)
- der CSU-Kreisvorstand Kempten laut Beschlufelage „nahezu einstimmig Koalitionsmöglichkeiten“ mit den REPs prüfen (DER SPIEGEL, 30/1992, S. 81).

Laut „DER SPIEGEL“ sind im CSU-regierten Bayern „Zweckbündnisse mit den Rechtsextremen in einigen Kommunen bereits gängige Praxis“. „DER SPIEGEL“ weiß ferner zu berichten, daß sich weitere konservative Kreise der CDU in Nordrhein-Westfalen und in den neuen Bundesländern gebildet haben und daß „noch in diesem Sommer“ ein „erstes Bundestreffen“ stattfinden soll (ebenda).

Der Unmut mit der CDU-Politik macht sich aber auch in den Organisationen breit, in denen viele Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU organisiert sind. Im „Bund der Vertriebenen“ wird schon seit Mitte der 80er Jahre die Kritik an der CDU/CSU in äußerst scharfer Form formuliert. Die Einflußmöglichkeiten des Rechtsextremismus/Rechtsradikalismus haben sich hier beträchtlich erweitert. Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein äußerte der BdV-Vorsitzende Herbert Czaja – drohend in Richtung CDU/CSU – gegenüber der Presse u. a.: „Die Enttäuschung über die Ostpolitik und die Versuche zur Ausgrenzung der Vertriebenen haben nunmehr voll durchgeschlagen – in Wahlenthaltungen und Abwanderung nach rechts. (...) Wir werden sorgfältig beobachten und darüber informieren, welche großen und kleinen Parteien sich um die Abwendung von Genschers Ostpolitik durch ausgewogenes Geben und Nehmen, um bessere Verträge und bessere Berücksichtigung berechtigter deutscher Interessen bemühen.“ Vor diesem Hintergrund urteilte selbst der Bundestagsabgeordnete

Hartmut Koschyk (CDU/CSU) nach der letzten BdV-Bundesversammlung, daß der „BdV auf radikalem Kurs“ (DIE WELT, 17. Juni 1992) sei und warnte vor „einer zunehmenden Radikalisierung“ (FAZ, 17. Juni 1992). Im BdV liefe eine „häßliche Kampagne zur Ausgrenzung von jüngeren Kräften der Vernunft und Mitte“ (ebenda).

Vor diesem Hintergrund warnte der Hauptgeschäftsführer der CDU-Arbeitnehmerschaft, Franz Dormann, daß Koalitionen der CDU mit den rechtsradikalen REPs „nicht in Frage kämen“ und daß „Versuche bei früheren Wahlen, Thesen der Rechtsradikalen teilweise zu übernehmen, der CDU nur geschadet und den rechtsradikalen Parteien genutzt“ hätten (Süddeutsche Zeitung, 9. Juli 1992). Franz Dormann brachte es auf die treffende Formel: „Wer Rechtsradikalen nacheifert, wird selbst zum Rechtsradikalen“.

1. Auf welche konkreten Sachverhalte stützt der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner seine Warnung, daß durch die Gründung der „Komitees für Gerechtigkeit“ der Rechtsradikalismus einen neuen Auftrieb erhalten könnte?
  - a) Welche Fälle der politischen Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der „Komitees für Gerechtigkeit“ und dem bundesdeutschen Rechtsradikalismus sind der Bundesregierung bekannt, und durch welche politischen Inhalte würden die Komitees den Rechtsradikalismus ihrer Meinung nach hoffähig machen?
  - b) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die „Komitees für Gerechtigkeit“ in ihrem Appell zur Gründung explizit gegen „rechtsradikale und rassistische Stimmungen“ in der Bevölkerung wenden?
  - c) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich das „Komitee“ in einem öffentlich verteilten „Diskussionsangebot für künftige Mitglieder“ ebenfalls gegen „rassistische und ausländerfeindliche Stimmungen“ wendet?
  - d) Sieht die Bundesregierung in dieser Frontstellung der „Komitees“ gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus etwa einen „Auftrieb für Rechtsradikale“?

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Eduard Lintner, hat den sogenannten Komitees für Gerechtigkeit keine rechtsradikalen oder rechtsextremistischen Bestrebungen unterstellt, sondern lediglich auf die möglichen Auswirkungen hingewiesen, die die Gründung dieser sogenannten Komitees auf die Verhältnisse im wiedervereinigten Deutschland haben und die auch zu einem Auftrieb für den Rechtsradikalismus oder Rechtsextremismus führen können.

2. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich vor Bestrebungen einflußreicher Kreise innerhalb der CDU gewarnt, die Koalitionen mit den rechtsradikalen REPs eingehen wollen?  
Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, warum unterblieb dies?
3. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich vor dem Wirken des „Wertkonservativen Kreises“ gewarnt, der überlegt, „wie das konservative Profil der CDU gestärkt, alte Werte wieder mehr zur Grundlage der Politik gemacht werden könnten“ (DIE WELT, 11. Juli 1992)?  
Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, warum unterblieb dies?
4. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich vor einem „Auftrieb des Rechtsradikalismus“ gewarnt, als der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel den rassistischen Wahlkampf seiner Partei so charakterisierte: „Niemand soll deshalb die NPD wählen müssen.“  
Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, warum wurde dies unterlassen?
5. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich gewarnt, als ihm bekannt wurde, daß 130 000 Wählerinnen und Wähler der CDU bei den letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg zu den REPs abgewandert sind?

- Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, warum unterblieb dies?
6. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich gewarnt, als ihm bekannt wurde, daß der stellvertretende Bundesvorsitzende der REPs nach wie vor gute Kontakte zu Politikern aus der CDU/CSU unterhält?  
Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, warum unterblieb dies?
7. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich vor einem Auftrieb des Rechtsradikalismus gewarnt, als er mitbekam, daß sich der Bundesvorsitzende der REPs, Franz Schönhuber, darüber beklagte, daß die CDU ihnen bei den Wahlen die „Themen stehlen“ würde?  
Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, wieso unterblieb dies?
8. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich gewarnt, als sich in Hessen der „Petersberger Kreis“ gründete, der sich einem „Zusammengehen mit den Republikanern nicht von vornherein“ (DIE WELT, 9. Juli 1992) verschließen will und der deshalb ein „überwältigendes Echo“ in der CDU findet?  
Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, wieso unterblieb dies?
9. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich vor einem Auftrieb des Rechtsradikalismus gewarnt, als sich das „Christlich-konservative Konrad-Adenauer-Forum“ gebildet hatte?  
Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, wieso unterblieb dies?
10. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich vor einem Auftrieb des Rechtsradikalismus gewarnt, als der Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer (CDU/CSU) äußerte, man müsse Koalitionen mit den REPs offenhalten und sie „nicht von vornherein ausschließen“?  
Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, wieso unterblieb dies?
11. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich vor einem Auftrieb des Rechtsradikalismus gewarnt, als die CDU-Kreisvorsitzende Roth es offen ließ, ob sie sich „1993 mit den Stimmen der ‚Republikaner‘ zur Oberbürgermeisterin wählen lassen würde“?  
Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, wieso unterblieb dies?
12. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich gewarnt, als bekannt wurde, daß der CDU-Kreisvorstand Kempten laut Beschlußlage „nahezu einstimmig Koalitionsmöglichkeiten“ mit den REPs prüfen will?  
Wenn ja, wann und wo?  
Wenn nein, wieso unterblieb dies?
15. In welchen weiteren Fällen der Zusammenarbeit konservativer Kreise in und um die CDU/CSU hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich vor einem Auftrieb des Rechtsradikalismus gewarnt?

Den Fragen liegt, was auch schon die Vorbemerkung zu der Kleinen Anfrage deutlich macht, offenbar der Versuch zugrunde, eine demokratische Partei in rechtsradikale oder rechtsextremistische Zusammenhänge zu bringen. Die Bundesregierung sieht sich nicht veranlaßt, zu den in den Fragen genannten innerparteilichen Vorgängen Stellung zu beziehen.

13. Hat der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner öffentlich vor einem Auftrieb des Rechtsradikalismus gewarnt, als er lesen oder aus eigenem Erleben feststellen mußte, daß sich der BdV „radikalisiert“ und hier die „Kräfte der Vernunft und der Mitte ausgegrenzt würden“?

Wenn ja, wann und wo?

Wenn nein, wieso unterblieb dies?

14. Wurde der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner mittlerweile auch aus der rechtsradikal durchsetzten Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) als eine „Kraft der Vernunft und der Mitte“ ausgegrenzt, oder ist die SL immer noch Teil seiner politischen Heimat?

Die Bundesregierung weist (im Falle des Bundes der Vertriebenen zum wiederholten Male) den Versuch zurück, dem Bund der Vertriebenen oder der Sudetendeutschen Landsmannschaft rechtsradikale oder rechtsextremistische Tendenzen zu unterstellen.





